

Hollis, Rosemary: The Israeli-Palestinian road block: can Europeans make a difference?, in „International Affairs“ 80(2004)2, pp. 191.

Rosemary Hollis, Leiterin des „Middle East Programme“ am „Royal Institute of International Affairs“ in London, fällt sofort mit der Tür ins Haus: Ja, Europa könne durchaus zur Entspannung beitragen, wenn es einen aktiven „package deal“ anbiete: Israel gibt seinen Anspruch auf die Westbank und den Gazastreifen einschließlich des arabischen Jerusalem auf und erhält im Gegenzug eine Sonderbeziehung einschließlich der ökonomischen und kulturellen Integration in die Europäische Union sowie NATO-Garantien für seine Sicherheit. Die Palästinenser bekommen ihren eigenen Staat und schwören der Gewalt ab, das Flüchtlingsproblem wird auf internationaler Ebene unter Mitwirkung aller Beteiligten gelöst.

Indem Washington an die Verantwortung palästinensischer Terrorakte für die politische Sackgasse in Nahost glaubt, indem die amerikanischen Verwicklungen im Irak andauern und der Wahlkampf Sharon viel Zeit lassen, für vollendete Tatsachen zu sorgen, und indem sich das amerikanische Prestige in der arabischen Welt rasant dem Nullpunkt nähert, sieht die Autorin die Chancen Europas wachsen. Ihre Realisierung würde allerdings den Abschied von der „Oslo-Mentalität“ voraussetzen, die für die politische Bewegungslosigkeit und die Uneinigkeit der Europäer Sorge, weil auf israelische und palästinensische Lernerfolge vertraut worden sei. Gefragt seien Konsequenzen aus der Überzeugung, dass die israelische Regierung alle taktischen Möglichkeiten nutzt, um die Okkupation fortzusetzen. Die „Genfer Initiative“ und die Unterschriftenliste „People’s Voice“ von Amy Ayalon und Sari Nusseibeh sollten dann nicht nur hochgelobt, sondern in ihren Anliegen auch tatkräftig unterstützt werden, denn sie sind der möglicherweise letzte Versuch auf Jahre hinaus, der politischen Vernunft ein Zeitfenster zu öffnen. Da die Pflege zivilgesellschaftlicher Kontakte politischen Stiftungen, Kulturinstituten und Akademien überlassen wurde, ist der regierungsamtliche Nachholbedarf unübersehbar:

„Das Friedenslager in Israel ist zu schwach, ohne Hilfe die Oberhand zu gewinnen. Mehr Druck würde eher jenem Lager schaden. Seine Mitglieder

brauchen Argumente, um ihre Positionen zu stärken, Vorschläge, die eine Friedensvision untermauert. Europa kann dafür sorgen.“

Ihre guten Dienste haben die Europäer nach Hollis im Iran und in Libyen erbracht, als sie zur Genugtuung der Amerikaner die dortigen Regierungen davon überzeugten, das Zusatzprotokoll des Vertrags zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zu unterschreiben. Warum, so fragt Hollis, lasse sich diese Erfahrung nicht auf den israelisch-palästinensischen Konflikt übertragen? Die Antwort darauf dürfte ziemlich schlicht sein: weil es weder eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gibt noch weil Europa den ambitionierten Mut gefasst hat, die bisherige, zur Mehrdeutigkeit Anlass gebende „Ausgewogenheit“ in der Erkenntnis zur Disposition zu stellen, dass sie den Frieden keinen Schritt nähergebracht hat, weil sie bei den Parteien vor Ort den Verdacht konventioneller Gleichgültigkeit nährte und sie die eigenen Handlungsoptionen definieren ließ.

Ob die Europäer bislang deshalb scheiterten, weil sie an die Stelle von Anreizen Israel mit Drohungen zusetzten, ist jedoch nicht recht nachvollziehbar. Gleiches gilt, wenn die Autorin ein vermeintlich ständiges Nachdenken über Sanktionen kritisiert und darauf pocht, dass Europa die nahöstliche Chemie durch eigene Anreize für Israel verändern könne, oder wenn sie der Regierung in Jerusalem vermitteln will, dass Europa nicht länger gewillt sei, die Okkupation durch Finanztransfers an die Autonomiebehörde – monatlich zehn Millionen Euro allein zur Bezahlung von Gehältern – zu finanzieren. Auch mit der Idee, Europa könne die geringe strategische Tiefe Israels kompensieren – was darauf hinauslaufen würden, dass sich Israel politisch endgültig aus dem arabischen Nahen Osten verabschiedet –, scheint die Autorin hinter ihre eigenen Hypothesen von der offenkundigen Beratungsresistenz der israelischen Regierung zurückzufallen. Denn Brüssel hätte längst dazu Gelegenheit gehabt, ihren politischen Unmut nachdrücklich zu artikulieren und einen entscheidenden Beitrag zum Frieden zu leisten. Da sie zu solchen Schritten entweder nicht fähig oder nicht willens sind, würden Zahlungsverweigerungen in der Tat auf eine humanitäre Katastrophe unter den Palästinensern hinauslaufen.

Für ein entschiedenes Auftreten der Europäer im Nahen Osten bedarf es mehrerer Voraussetzungen. Dazu gehört der Abschied von der stereotypen

Formel der amerikanischen Vorreiterrolle. Die „alten“ EU-Staaten dürfen es sich zweitens nicht leisten, die große Dankbarkeit der Beitrittsländer für die amerikanische Hilfestellung bei der Befreiung aus den Klauen der Sowjetunion zu unterschätzen. Sie müssen drittens dafür sorgen, dass Tony Blair ohne politischen Gesichtsverlust von seinem amerikanischen Irak-Alliierten Abstand gewinnt, und ihn noch stärker auf die Europäische Union als kompetenten politischen Handlungsrahmen verpflichten, nachdem die Londoner Regierung in Sachen Nahost seit langem Europa viel näher liegt als Washington. Viertens sind Frankreich und Deutschland zwar auf dem Wege, den durch den Irak-Krieg ausgelösten Bruch mit Washington allmählich zu kitten, doch auch für sie gilt die Devise: statt transatlantische Rivalität mehr Selbstbewusstsein im europäischen Haus. Solange es aussteht, bleibt der Vorrang nationaler Außenpolitiken *volens volens* unbeschadet.

Europa stehen, darin ist der Autorin zuzustimmen, gewaltige Anstrengungen im Nahen Osten bevor, wenn sie ein eigenes Gewicht in die Waagschale werfen will. Wie ist zu bewerkstelligen, den tödlichen Antagonismus aus Ablehnung, Feindschaft und Hass zwischen Israelis und Palästinensern zugunsten einer friedlichen Koexistenz zu überwinden, und wie hebt sich ein solcher Ansatz von der amerikanischen Überzeugung ab, dass Israels Besatzung im Prinzip auf den „Kampf gegen den Terror“ ausgerichtet sei? Wie lässt sich eine israelische Politik verhindern, die den Konflikt weiter verschärft, und wie kann in allen Ländern Europas dafür gesorgt werden, die Beziehungen zu Israel im Lichte des wachsenden Antisemitismus zu bedenken? Überzeugende Antworten darauf sind bislang nicht in Sicht. Auch Rosemary Hollis muss sich mit Analysen und Appellen begnügen.

Reiner Bernstein